

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. bei Cassa, bei Vorbestellung 1,50 RM. einschließlich Postgebühren. Einzelnummern 10 Pf. Alle Postbestellungen, Vorkosten und Geschäftsbeschlüsse werden nach Möglichkeit besorgt. Im Krieg oder sonstigen Verhältnissen besteht kein Anspruch auf Verteilung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Abhängigkeit eingetragener Geschäftsstelle erfolgt nur, wenn Vorsto beiliegt.



Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rostgen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 51 — 91. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postkod.: Dresden 2640 Dienstag, den 1. März 1932

Diplomatisch-parlamentarisches Wochenprogramm.

Das diplomatisch-parlamentarische Programm der Woche zeigt reiche Abwechslung auf den verschiedenen heimischen und internationalen Gebieten. Auf der Abrüstungskonferenz stehen weitere Verhandlungen zwischen den in Genf befindlichen Staatsmännern bevor, die ihre dortige Anwesenheit dazu benutzen, sich auch über die weitverbreiteten Fragen außerhalb der Abrüstung zu unterhalten. Der französische Ministerpräsident Laval ist besonders benutzte Gelegenheit, seinen Einfluss in der Tributfrage bei den Außenministern von England, Italien, Polen, Südspanien und der Tschechoslowakei geltend zu machen. Inwiefern der deutsche Vorkaufmann Radolny über die Beratungen wegen der Abrüstung hinaus zu den Sonderbesprechungen hinzugezogen wird, darüber wird nichts bekannt. Im übrigen rückt bei den eifrig hinter den Kulissen geführten diplomatischen Verhandlungen zwischen den Führern der Abordnungen immer stärker die grundsätzliche Frage der politischen Gleichberechtigung Deutschlands in der Abrüstungsfrage in den Vordergrund. Auf deutscher Seite wird die unbedingte Feststellung gefordert, daß Deutschland auf Grund der Bestimmungen des Völkerbundesvertrages selbstverständlich die volle Gleichberechtigung zuerkannt wird. Am Donnerstag wird ferner in Genf die außerordentliche Vollversammlung des Völkerbundes zur Behandlung des japanisch-chinesischen Streites zusammengetreten. Auch hierzu entwickeln in Genf die Delegierten eine eifrige Tätigkeit mit Unterredungen, Konferenzen, Schriftwechsel und Druckschriften, während in China weiter gekämpft und geschlossen wird. Der Mandchurienausschuß des Völkerbundes ist nun endlich in Tokio eingetroffen. Zunächst müssen sich seine Mitglieder anscheinend von der schwierigen Reise erholen, denn ehe sie an die Unterredung und Feststellung der militärischen Lage gehen, sind sie, wie gemeldet wird, beim Kaiser von Japan zum Frühstück eingeladen. Ferner werden der Ministerpräsident, der Außenminister, der Kriegs- und Marineminister Festessen zu Ehren der Mitglieder veranstalten. Man sieht, Japan weiß wohl, was es den Delegierten des hohen Völkerbundes schuldig ist.

Am Dienstag beginnt ein neuer Vollstufungsabschnitt des Preussischen Landtages, der voraussichtlich bis Freitag, den 4. März, dauern wird. In der Dienstagssitzung steht neben zahlreichen Anträgen der Parteien der Gesetzesentwurf über die Disziplin auf den staatlichen wissenschaftlichen Hochschulen zur Beratung. Damit verbunden wird ein Antrag wegen der Vorgänge an der Berliner Universität vom 21. und 22. Januar, die bekanntlich ein Gerichtsverfahren gegen mehrere nationalsozialistische Studenten zur Folge hatten.

Auch der Preussische Staatsrat tritt am Dienstag zu einer Vollstufung zusammen. Etwa vom 4. bis 10. März wird der verstärkte Hauptausschuß des Staatsrates den Haushaltsplan vorbereiten. Die Haushaltsberatung des Staatsrates selbst wird voraussichtlich nur zwei Tage in Anspruch nehmen, und zwar sind hierfür der 11. und 12. März vorgesehen.

Herunter mit den Werttarifen!

Die Preisentlungssaktion von Dr. Goerdeler ist bei den öffentlichen Betrieben vielfach nicht so durchgeführt worden, wie man es gehofft und gewünscht hätte. Das liegt zum Teil mit daran, daß man in vielen Gemeindeverwaltungen von der Hand in den Mund lebt und glaubt deswegen nicht in der Lage zu sein, auch nur für eine kurze Zeit einen Einnahmerückgang zu ertragen, der durch eine Ermäßigung der Tarife und Abgaben zunächst verursacht, weitgehend aber durch eine Steigerung der Produktion und des Umsatzes wettgemacht werden würde. Die „Versorgungs“betriebe der öffentlichen Hand sind eben zu Steuerquellen geworden, die außerdem noch durch ihren Monopolcharakter geschützt werden und damit ihre wirtschaftliche Hauptaufgabe, also die „Versorgung“ des Massenbedarfs, erst in zweiter Linie erfüllen. Das Semmeln, das sie für eine Weiterführung der Preisentlungssaktion bedeuten, läßt die Klage darüber um so lauter werden, daß die öffentlichen Betriebe überhaupt der natürlichen Preisgestaltung hindernd im Wege stehen, besonders dort, wo sie außerdem noch Monopolrechte besitzen. Erfreulicherweise hat man sich in verschiedenen Länderverwaltungen und in einer Reihe von Kommunen unter dem Druck der Finanzkrise dazu entschlossen, die bestehenden Betriebe der öffentlichen Hand einmal unter die Lupe der wirklichen Rentabilität zu nehmen und sie abzubauen, wenn diese Rentabilität entweder gar nicht vorhanden wäre oder nur durch eine freipolitische, steuerliche oder sonstige Bevorzugung erzielt würde. Um diese Betriebe nicht bloß „rentabel“, sondern als ergiebige Steuerquelle zu erhalten, ist die öffentliche Hand nur sehr zögernd in vielen Stellen überhaupt nicht den Preisentlungen in

Großmächte — nicht Völkerbund.

England wünscht Verschiebung der Völkerbundversammlung. In englischen Kreisen sind zurzeit lebhaft Bemühungen im Gange, die zum 3. März einberufene Vollversammlung des Völkerbundes zur Behandlung des japanisch-japanischen Konfliktes zu verschieben. Der englische Außenminister Simon hatte in Genf in dieser Frage eingehende Unterredungen mit dem in Aussicht genommenen Präsidenten der außerordentlichen Vollversammlung, dem belgischen Außenminister Symons, und mit dem Generalsekretär des Völkerbundes. Diese Unterredungen gehen auf die den zwölf Großmächten überreichte Denkschrift der japanischen Regierung zurück, in der die sofortige Einberufung einer „Round Table“-Konferenz nach Schanghai vorgeschlagen wird, an der die interessierten Großmächte teilnehmen sollten. Auf englischer Seite will man offenbar die weitere Regelung des japanisch-chinesischen Konfliktes auch in die Hände der unmittelbar interessierten Großmächte legen, da die Interessen dieser Staaten bei unmittelbarer Behandlung an Ort und Stelle stärkere Berücksichtigung finden können. Allgemein wird in Genf angenommen, daß die außerordentlich tatkräftig geführten Verhandlungen Simons auf Verschiebung der Völkerbundversammlung auf eine unmittelbare Verständigung zwischen London und Washington zurückgehen.

Der Zwölfmächtausschuß des Völkerbundes ist zu einer Sitzung zusammengetreten, in der diese Frage zur Sprache kommt.

Vor einem Waffenstillstand bei Schanghai?

Der Völkerbundrat ist vom Ratpräsidenten Paul-Boncour einberufen worden. Die plötzliche Einberufung geht auf Berichte aus Schanghai zurück, nach denen die mit englischer und amerikanischer Vermittlung geführten Waffenstillstandsverhandlungen zwischen der japanischen und der chinesischen Truppenleitung bereits weit fortgeschritten sind, so daß der Abschluß eines Waffenstillstandes bereits als möglich angesehen wird. Der Plan, die zum 3. März einberufene außerordentliche Vollversammlung unter diesen Umständen zu vertagen, gewinnt allgemein an Boden. Es besteht allgemein bei den Großmächten die Neigung, falls irgend möglich, den Zusammentritt der Völkerbundversammlung zu verhindern, da diese gezwungen wäre, scharfe und weitgehende Entschlüsse gegenüber Japan zu fassen und damit die Stellungnahme der Großmächte gegenüber Japan festzulegen, was man jedoch unter allen Umständen vermeiden will.

Die Waffenstillstandsbedingungen.

Der Präsident des Völkerbundes, Paul-Boncour, legte dem Völkerbundrat einen Vorschlag vor, der folgende Punkte eines Waffenstillstandes im Fernen Osten umfaßt: 1. Sofortige Einberufung einer Konferenz in Schanghai, an der Vertreter der japanischen und chinesischen Regierung sowie der interessierten Mächte teilnehmen sollen,

um zu einer endgültigen Einstellung der Feindseligkeiten und Wiederherstellung des Friedens zu gelangen; 2. Grundlage dieser Konferenz bildet: Japan erklärt, keine politischen und territorialen Ziele in Schanghai zu verfolgen, noch ein japanisches Konzessionsgebiet in Schanghai anzustreben, noch die Absicht zu haben, die japanischen Interessen in irgendeiner ausschließlichen Weise zu begünstigen. China nimmt an der Konferenz teil, indem es die Sicherheit und Unantastbarkeit des internationalen und des französischen Konzessionsgebietes auf Grund der bestehenden Verträge grundsätzlich anerkennt und die Sicherheit der ausländischen Staatsangehörigen gegen alle Gefahren garantiert; 3. Der Zusammentritt der Konferenz hängt von einem vorherigen Abkommen über die Einstellung der Feindseligkeiten ab. Die Vertreter der in Schanghai vertretenden Mächte werden aufgefordert, ihre Mitwirkung zur Herbeiführung dieses Abkommens zu leisten; 4. Dieser Vorschlag zielt darauf hin, den Frieden in Schanghai wiederherzustellen, ohne daß dadurch die bisherige Haltung des Völkerbundes oder irgendeiner anderen Macht in dem Konflikt berührt wird. Paul-Boncour richtete darauf an die Vertreter von Japan und China die Aufforderung, diesem Vorschlag beizutreten. Der italienische Außenminister Grandi erklärte sich grundsätzlich mit dem Vorschlag Paul-Boncour einverstanden. Ebenso erklärten Außenminister Simon sowie die Vertreter Amerikas, Frankreichs und Deutschlands ihr Einverständnis. China wünscht, daß die Zurückziehung der Truppe allmählich unter der Kontrolle der Truppen der neutralen Mächte erfolgen soll. Die Vorschläge des Ratpräsidenten würden von der chinesischen Regierung als zurechenbar angesehen. Nur Japan übermittelt diese Vorschläge nach Tokio. Paul-Boncour schloß die Sitzung mit der Erklärung, daß nunmehr die Hoffnung auf einen Erfolg der Zusammenarbeit aller Mächte zur Beilegung der Feindseligkeiten und Wiederherstellung des Friedens vor dem Zusammentritt der außerordentlichen Vollversammlung des Völkerbundes gegeben sei.

Atlantische Flotte Amerikas in den Stillen Ozean beordert.

Fast die gesamte amerikanische Atlantische Flotte hat plötzlich den Befehl erhalten, sich in den pazifischen Ozean aufzustellen. San Pedro und San Diego zu versammeln, um an den großen Flottenmanövern im Stillen Ozean teilzunehmen. Diese Maßnahmen kamen selbst den höheren Marineoffizieren und dem Unterstaatssekretär Jahnde völlig unerwartet. Sie lehnten jedoch kategorisch die Unterfertigung ab, daß diese Maßnahmen irgendwie mit der kritischen Lage zwischen Japan und China zusammenhängen könnten. Im Atlantischen Ozean verbleiben jetzt insgesamt nur neun Unterseeboote, acht kleinere Fahrzeuge und das Übungsschiff „Broming“.

Preisfragen im Reichskabinett.

Die Reichsregierung beschäftigt sich weiter mit den Maßnahmen, die sie treffen will, um die verordnete Verbeibaltung des alten Brotpreises für das Bäckergewerbe tragbar zu machen. Abgaben von russischem Roggen durch die Getreidehandelsgesellschaft sollen als Bremse für ein Heranrücken der Roggenpreise wirken. Ferner macht dem Reichskabinett der immer weiter um sich greifende Bierkonflikt Kopfzerbrechen, der beibehalten wird, trotzdem die Regierung den Abbau der Biersteuer zugesagt hat. Auch die Lichtstreikbewegung, die sich gegen die hohen Werttarife richtet, beschäftigt ständig das Reichskabinett.

Bierfreit und Reichlichtfreit.

Noch keine Verhandlungen über Biersteuerentlastung. Amtlich wird mitgeteilt: Die Reichsregierung hat, wie bekannt, in der vorigen Woche mit dem Deutschen Gastwirtsverband und den Brauereivertretern über die Frage der Biersteuerentlastung verhandelt. Sie hatte die Absicht, abgesehen von dem erforderlichen Benehmen mit den Ländern und Gemeinden, die Verhandlungen in diesen Tagen fortzusetzen und beschleunigt zum Abschluß zu bringen. Dieser Absicht stehen jedoch die zurzeit in Gang befindlichen Streikbewegungen entgegen. Die Reichsregierung hatte, wie in der Generalversammlung einer Brauerei mitgeteilt wurde, in Aussicht gestellt, das hektolitrische Bier, das bisher steuerlich mit 22 Mark belastet war, um 7 Mark steuerlich zu entlasten. Brauereien und Gastwirte möchten jedoch die Spanne noch